

Modellprojekte zur Patienteninformation:
Vertrauen ist gut - Beratung ist besser

Subventioniert? Nein!

In seinem Artikel „Vertrauen ist gut - Beratung ist besser“ in G+G 2/2005 zieht Erwin Dehlinger eine Bilanz über die Modellprojekte zur Verbraucher- und Patienteninformation. Prinzipiell ist dem Autor zuzustimmen, wenn er feststellt, dass eine Koppelung der Beratungsstellen an Einrichtungen mit Expertenwissen sinnvoll ist. Der Autor nennt als Beispiel die Anbindung der regionalen zahnärztlichen Beratungsstelle an das Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis. Allerdings erweckt er hierbei den Eindruck, der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) würde durch Fördergelder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) subventioniert. Dies ist unrichtig! Bei der Einreichung des Konzeptes für eine zahnärztliche Beratungsstelle war es Ziel, trotz Kooperation mit den regionalen Krankenkassen und der Zahnärzteschaft, den Rat suchenden eine fachlich fundierte Beratung in einer weitestgehend unabhängigen Beratungsstelle bieten zu können. Das sollte durch Einbeziehung des Zahnärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes geschehen. Letztlich wurde durch dieses Vorgehen fachliches Wissen gesichert, eine unnötige Parallelentwicklung mit hohen Kosten vermieden und den Interessen einzelner Gruppen kein Spielraum geboten. Seit Beginn des Modellprojekts beteiligt sich der Rhein-Neckar-Kreis in nicht unerheblichem Maß (Personal,

Untersuchungsräume, Infrastruktur, etc.) an der Finanzierung des Projekts. Trotz manch berechtigter Kritik am ÖGD: Gesundheitlicher Verbraucherschutz gehört bereits heute zu den Aufgaben vieler Gesundheitsämter. Die Verbraucher- und Patientenberatung ist daher eine sinnvolle Ergänzung. Dennoch kann es nicht allein Aufgabe des ÖGD sein, Versicherte kostenfrei zu beraten. Hier ist eine finanzielle Beteiligung der GKV (und der privaten Krankenversicherung!) unabdingbar, was auf alle Träger einer unabhängigen Beratungsstelle zutreffen dürfte. In Bezug auf zahnärztliche Beratungsstellen sollte nicht unerwähnt bleiben, dass inzwischen im Gesundheitsamt des Kreises Unna eine Beratungsstelle nach Heidelberger Muster eingerichtet wurde - zurzeit ohne Finanzierung durch Krankenkassen, aber zur Unterstützung gesetzlich Versicherter! Ein Stadtstaat hat ebenfalls Interesse an der Gründung einer Beratungsstelle nach gleichem Vorbild gezeigt und erste Gespräche mit potenziellen Kooperationspartnern geführt. Schon diese Beispiele zeigen: Es bewegt sich was in Deutschland! Deshalb sollten wir nicht mit gegenseitiger Aufrechnung von Kosten hantieren, sondern unsere gemeinsame Kraft darauf konzentrieren, im Interesse der Versicherten und Patienten mehr Transparenz in das Gesundheitssystem zu bringen. Die geschaffenen unabhängigen Beratungsstellen sind hierzu ein vielversprechender Ansatz. Sie sollten nicht schon im Keim erstickt werden!

Dr. Uwe Niekusch, Zahnärztlicher Dienst des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis, Cornelia Wagner, Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit